



## SDA-Bulletin

Zürich, 15. Juni 2020

### **Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates**

Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) kann eine Dividende von insgesamt 506 Millionen Franken an Kanton und Gemeinden ausschütten. Dies hat der Kantonsrat mit der Genehmigung der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2019 entschieden ([KR-Nr. 80/2020](#)). Der Entscheid fiel mit 143 zu 24 Stimmen bei einer Enthaltung. Die GLP wollte die Ausschüttung angesichts der Coronakrise verhindern. Die Partei fürchtet, dass die ZKB in Schieflage geraten könnte, wenn viele Unternehmen ihren Hilfskredit nicht zurückzahlen könnten.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung den gesetzlichen Bestimmungen über die Sozialdetektive mit 88 zu 85 Stimmen zugestimmt ([KR-Nr. 79/2017](#)). Das Zünglein an der Waage spielte die CVP-Fraktion, die aufgrund von Meinungsverschiedenheiten Stimmfreigabe beschlossen hatte. Die Änderung des Sozialhilfegesetzes initiiert hatten SVP und FDP mit einer parlamentarischen Initiative. Diese wurde vom Kantonsrat entschärft. Unangemeldete Hausbesuche und der Einsatz von GPS-Trackern werden nicht erlaubt. Zudem müssen Observationen vom Bezirksrat genehmigt werden. Der SVP geht die gefasste Bestimmung zu wenig weit. Sie will das Referendum ergreifen und die Sache vors Stimmvolk bringen.

Der Kantonsrat hat die Rechnung und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) für das Geschäftsjahr 2018/2019 mit 161 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt ([KR-Nr. 19/2020](#)).

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) für das Jahr 2019 ist vom Kantonsrat ohne Gegenstimme genehmigt worden ([5610](#)).

Die Frist für Berichterstattung und Antragstellung zu einer Motion von FDP, GLP und EVP betreffend Selbstbestimmung durch Subjektfinanzierung ist vom Kantonsrat diskussionslos verlängert worden ([5549](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von SVP, EDU und FDP mit 83 zu 75 Stimmen abgelehnt, mit der eine Reduktion der Verkehrsabgaben für Lastwagen, schwere Sattelschlepper und Gesellschaftswagen gefordert wurde ([KR-Nr. 11/2017](#)).

Der Kantonsrat hat die Rücktritte von Kantonsrätin Laura Huonker (AL, Zürich) und Franco Albanese (SVP, Winterthur) genehmigt.

*(sda/nic.)*